

# Merseburger Kreisblatt



**Abonnementspreis:** Vierteljährlich bei den Aus-  
trägern 1,20 M., in den Postgebieten 1 M., beim  
Postbezug 1,50 M., mit Postgebühren 1,92 M.  
— Einzelne Nummer wird mit 15 Pf. berechnet.  
— Die Expedition ist an Wochentagen von früh  
7 bis abends 7, an Sonntagen von 8<sup>1/2</sup> bis 9  
Uhr geöffnet. — Druck und Verlag der Redaktion abends  
von 6<sup>1/2</sup> bis 7 Uhr. — Telephonruf 274.

**Insertionsgebühren:** Für die 5 gepaltene Korpus-  
zeile oder deren Raum 20 Pf., für Privat-  
in Merseburg und Umgegend 10 Pf. Für periodische  
und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung.  
Komplizierter Satz wird entsprechend höher berechnet.  
Notizen und Bekannde außerhalb des Inseratenpreises  
40 Pf. — Eämtliche Annoncen-Bureaus nehmen  
Inserate entgegen. — Telephonruf 274.

## Tageblatt für Stadt und Land

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikations-Organ vieler anderer Behörden.)

Für die Redaktion verantwortlich: Rudolf Heine.

Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Druck und Verlag von Rudolf Heine, Merseburg.

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokal-Nachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 137.

Freitag, den 14. Juni 1912.

152. Jahrgang.

### Der Kaiser und das Banthaus Schidler.

Am 6. d. Ms. feierte das Banthaus Gebr. Schidler in Berlin das Fest seines 200jährigen Bestehens, zu dem auch der Kaiser erschienen war. Namens des 83jährigen Senior-Chefs, Arthur Frhrn. v. Schidler, dankte Herr Ludwig Delbrück dem Kaiser für sein Erscheinen.

Der Kaiser erwiderte die Begrüßung wie folgt:

„Mein lieber Delbrück! Ich danke Ihnen herzlich für die freundlichen Worte, die Sie im Namen des Freiherrn v. Schidler und der Frau Gräfin v. Pourtales an mich gerichtet haben. Es ist mir eine große Freude, heute in diesem ehrwürdigen Berliner Patrierzhause in Ihrer Mitte zu weilen und — der 200. Jahrfeste der Firma Gebrüder Schidler persönlich — nicht nur im Bilde — teilzunehmen. Die Geschichte Ihres Hauses ist mit den Geschichten der Stadt Berlin, des preussischen Staates und seiner Könige eng verwachsen. Wenn wir loben gehört haben, was das Banthaus meinen Vorfahren, besonders Friedrich Wilhelm I. und Friedrich dem Großen, verdankt, so möchte ich die guten Wechselwirkungen dieser Verbindung und die ausgesetzten Dienste hervorheben, welche hier durch industrielle und kommerzielle Arbeit dem Staate geleistet worden sind. In guten wie in bösen Zeiten hat das Haus Schidler treu zu König und Vaterland gestanden. Nicht nur, wenn es sich um gewinnversprechende Unternehmungen handelte, sondern auch, wenn es galt, die allgemeine Not zu lindern und durch eine bis an die Grenze des eigenen Vermögens und Kredits reichend Opferwilligkeit ein gutes Beispiel für andere zu geben. Daß diese Traditionen des Hauses auch heute noch hochgehalten werden, beweisen die ins Leben gerufenen Jubiläumssitzungen. Die privaten Beziehungen des Banthauses zum Landesherren sind ebenfalls bis auf den heutigen Tag nicht erloschen. Wenn ich auch nicht wie einige meiner Vorfahren in den Büchern der Firma als Schuldner verzeichnet bin, so schulde ich doch auch dem jetzigen Leiter der Firma großen Dank für den treuen Beistand, den er mir bei der Verwaltung meines Vermögens in uneigennützigster Weise leistet. Mit dem Wunsche, daß das Haus Schidler auch in Zukunft in Treue zu König und Vaterland wache, blühe und gedeihe, erbehe ich mein Glas und leere es auf das Wohl der Firma, ihrer Inhaber und deren Familien.“

Nach dem Essen, bei dem der Monarch zwischen Gräfin Pourtales-Schidler und der Gräfin Alsenleben-Erleben, einer entfernten Verwandten des Freiherrn v. Schidler, saß, verließ

der Kaiser im Kreise der Gäste, von denen er eine große Zahl durch Anreden auszeichnete.

### Zum Abgehen des Frhr. v. Erffa.

Ueber die Beteiligung des Abgeordnetenhauses an dem Leihbegangnis des verstorbenen Präsidenten Frhrn. von Erffa sind eingehende Bestimmungen noch nicht getroffen. Vorläufig steht nur fest, daß sich die beiden Vizepräsidenten des Hauses, Geheimrat Porck und Geheimrat Krause, sowie der Direktor des Abgeordnetenhauses, Geheimrat Plate, nach Merseburg begeben werden. Dr. Krause dürfte voraussichtlich gleichzeitig die nationalliberale Fraktion vertreten. Der Minister des Innern v. Dallwitz wird, da er selbst erkrankt ist, an dem Leihbegangnis nicht teilnehmen, ihn dürfte Staatssekretär Holz vertreten.

### 4 1/2-prozentige Pfandbriefe.

Nichts ist so sehr geeignet, die gegenwärtigen außerordentlichen Mißstände auf dem Realcredit- und Grundstücksmarkt so zu illustrieren, wie die in diesen Tagen erfolgte Emmission von 20 Millionen mit 4 1/2 Prozent verzinslicher Hypothekendarlehen seitens der Preussischen Hypothekendarlehenbank zu Berlin. Welche Folgen wird dieses Vorgehen haben?

Bekanntlich ist die Geldalamität auf dem Hypothekensmarkt durch den Anstich zu erklären, daß der Umsatz in Hypothekendarlehen seitens der deutschen Hypothekendarlehenbank zurzeit fast Null ist. Die Industrie, große Kommunal- und auswärtige Staatsanleihen absorbieren heute das Privatkapital, das sich mehr und mehr diesen Anlagen zugewendet hat. Der 3 1/2-prozentige Pfandbrief gehört der Vergangenheit an. Das hat dazu geführt, die Beleihungstätigkeit der Hypothekendarlehenbank auf ein derartiges Minimum herabzudrücken, daß heute der darlehnsuchende Eigentümer selbst bei Konfession eines für erste Hypothekendarlehen ungewöhnlich hohen Zinsfußes und in der Regel nicht unter 2 Prozent Abschlußprovision alle Mühe hat, eine solche überhaupt zu erhalten.

Um nun die Kaufkraft des Publikums für Hypothekendarlehen wieder neu zu beleben, hat sich dies genannte Hypothekendarleheninstitut zu der erwähnten ganz ungewöhnlichen Maßnahme entschlossen, und bald werden die übrigen, der Not gehorchend, folgen müssen. Es liegt nun in der Natur der Sache, daß ein solches Vorgehen die allgemeine Erhöhung des Hypothekenzinsfußes zur Folge haben muß.

Se höher aber der Hypothekenzinsfuß, um so niedriger der

Grundstückswert. Denn die Höhe der Hypothekenzinsen bestimmt heute, wo man, wie z. B. in Berlin, durch Anziehen der Mietschraube infolge Ueberproduktion an Wohnungen den Mietsvertrag an Zinsen nicht zu paralisieren in der Lage ist, den Reinertrag und damit zugleich den Handelswert eines Grundstücks.

Wenn nun die Hypothekendarlehenbanken für ihre im Umlauf befindlichen Pfandbriefe selbst 4 1/2 Prozent Zinsen zu zahlen haben und sie notwendigerweise mit einem Disagio arbeiten müssen, so wird die Frage sein, daß der Hauseigentümer speziell der in der Provinz, erste Hypothekendarlehen nicht mehr unter 5 Prozent erhalten wird. Die „Hausgarantie“ sind heute in keiner beizubehaltenden Lage. Die neuen Realfeuern, die Konkurrenz überzähliger neuer und moderner Wohnungen, der erschwerte Realcredit haben schon die Wirkung gehabt, daß von einem schlanken Umsatz in Häusern kaum mehr die Rede sein kann.

Und nun kommt das härteste Moment die notwendige weitere Erhöhung des Zinsfußes hinzu, der, wie schon ausgeführt, gleichzeitig eine Wertverminderung des ganzen Hauses, und zwar nach folgendem Beispiel bedeutet:

Ein Haus ist mit 100 000 M zu 4 Prozent an 1. Stelle belastet, was einen jährlichen Zinsaufwand von 4000 M erfordert. Diese Hypothekendarlehen wird fällig und muß unter den oben erwähnten veränderten Umständen und Verhältnissen, sagen wir zu 4 1/2 Prozent Zinsen ergänzt werden, was an Jahreszinsen 4 750 M erfordert, also ein Mehr gegen die 4prozentige Verzinsung von 750 M; 750 M entsprechen aber einem 5prozentigen Kapitalwerte von (20 × 750) = 15 000 M, um welchen Betrag der Handelswert jenes gedachten Hauses sich hierdurch vermindert hat.

Hierin liegt aber der eigentliche Schwerpunkt der durch Ausgabe 4 1/2-prozentiger Pfandbriefe für den Hauseigentümer geschaffenen Situation und dies zu einer Zeit, in der man ihm eine doppelte und dreifache Wertzuwachssteuer auferlegt hat.

### Schwarzburg-Rudolstadt.

Aus Thüringen wird dem „Weissen Tagbl.“ geschrieben: Der Appell der Schwarzburg-Rudolstädter Regierung an den gefunden Sinn der Wählerkammer dieses Fürstentums ist vergeblich gewesen. Die Reumutigen zum Landtage haben befristlich das Uebergewicht der staatsfeindlichen Elemente im Landesparlament nicht beseitigt, sondern eher noch beseitigt, denn es hat sich gezeigt, daß trotz der Vorgänge, die die Auflösung des Landtages notwendig machten, und trotz der verstärkten und bei der

### Im Klosterhof.

Roman von Anny Wölfe.

59) Nachdruck verboten.

Tante Nettchen hatte den noch immer unvermeidlichen „Schwedentopf“, der einen jetzt fast silberweißen Scheitel zeigte, tief auf die Arbeit gesetzt. Sie möchte der jungen Gesellschaft nicht zeigen, daß ihre Augen fast verzehrend an den Lippen der Lesenden hing.

Wer das Tante Nettchen vor drei Jahren, als sie ihren „Einzigen“ von sich gestohlen, gesagt hätte, daß sie jetzt hier sitzen und mit klopfendem Herzen Verse lesen würde — ja, Verse!

Grete hatte vor einigen Wochen das Buch mitgebracht und gebeten, Frau Nettchen daraus etwas vorlesen zu dürfen. Frau Bergmann war darob nicht wenig erstaunt gewesen, allein sie mochte Grete, die ihr besonders ans Herz gegangen war und die ihr stets so unermüdlich bei ihren vielfachen Arbeiten half, trotzdem es in der Mühe selbst genug zu tun gab, nichts abschlagen, und so hatte sie denn die „Lesezeit“, wie sie sagte, geduldig über sich ergehen lassen.

Grete hatte mit glänzenden Augen und glühenden Wangen gelesen, und schon nach den ersten Seiten war das Wertwürdige gefahren, daß Tante Nettchen, wenn auch nur für einen Augenblick, ihre Arbeit ruhen ließ und interessiert den Worten des Dichters lauschte, die ihr der blühende Mädchenmund so trefflich übermittelte.

Es war immer, als wulften sich die Lippen der alten Frau öffnen, eine Frage auszusprechen, aber sie blieben geschlossen.

Grete war inzwischen oft wiedergekommen und hatte wie in schweigendem Uebereinkommen das Buch hervorgeholt und gelesen. Tante Nettchen hatte dazu mit dem Kopf genickt und war dann, trotzdem sich die fleißigen Hände regten, in träumerisches Sinnen versunken.

„Wie kam es nur, daß sie bei den Worten des Dichters immer

ihres „Einzigen“ gedenken mußte, den sie doch vergessen wollte, vergessen mußte, dessen Name im Klosterhof nicht genannt werden durfte, der für sie tot war, nachdem er trotz ihres Gebots seine eigenen Bahnen gegangen war?

Zwar waren in der ersten Zeit vielfach Briefe von seiner Hand im Klosterhof eingetroffen, aber Frau Nettchen hatte sie stets ungelesen in den Ofen geworfen, bis auch Hellmut verstummte, ihr Junge, der schuld war, daß ihr Haar vor der Zeit schneeweiß geworden.

Und dann war ein Tag gekommen, da hatte ihr Blick, gerade als sie sich selbst gefragt hatte, wie sie eigentlich dazu käme, derartige „Gefühlsduseleien“ über sich ergehen zu lassen, das Titelblatt des Buches getreift und ganz deutlich war ihr der Name des Dichters, nach dem sie bis jetzt zu fragen gewagt, zu Gesicht gekommen. Da war es dunkel vor ihren Augen geworden, und sie hatte Gretchen bitten müssen, ein andermal wieder zu kommen, um die Vorlesung fortzusetzen, da sie sich zu angegriffen fühlte. Und Gretchen war aufgestanden und hatte wortlos Frau Nettchens Hand geüßt, bevor sie ging.

(Fortsetzung folgt.)

### Luftschiffahrt.

Berlin—Wien.

\* Berlin, 12. Juni. Zieht man das Fazit des Fluges, so wird man, von der gewaltigen Leistung Hellmuth Sturbs abgesehen, der fast 600 Kilometer des Luftweges in 7 Stunden 20 Min. durchmaß, das Endergebnis nicht gerade ein sehr erfreuliches nennen können. 19 Namen fanden auf der Starterliste, 10 erschienen jedoch nur am Start auf dem Berliner Flugplatz Johannistal, — 4 schließlich traten erstlich in einen Wettbewerbs ein. Mit anderen Worten: wiederum hat es sich gezeigt, daß man allzu große Erwartungen derartigen Flugveranstaltungen noch nicht entgegenbringen darf. Die Vorbereitungen — auf deutscher wie auf österreichischer Seite — waren zwar gut getroffen, aber immerhin war doch manches Ueberreife, manches Unfertige festzustellen. Gemäß, die Wetterverhältnisse waren

die allerungünstigsten. Aber hat man nicht beim Oberreinsflug bewiesen, daß die erstklassigen Flieger auch mit Regen und Wind fertig werden können?

\* Magdeburg, 12. Juni. Ueber die neu eingerichteten Luftposten werden interessante Einzelheiten bekannt. Danach sind für den Luftpostdienst vorläufig die Luftschiffe „Schwaben“, „Viktoria Luise“ und „Hansa“ in Aussicht genommen, bei weiterer Ausdehnung der Luftfahrten werden weitere Schiffe folgen. Die genannten Luftschiffe verkehren zwischen den Stationen Baden-Baden, Frankfurt, Düsseldorf, Gotha und Hamburg, zu denen nach Fertigstellung des Luftschiffes im Herbst dieses Jahres noch Potsdam hinzukommen wird. Zuerst bleibt der Betrieb der Luftposten auf das Reichspostgebiet beschränkt. Man kann aber kaum bezweifeln, daß sich auch die bayerische und württembergische Postverwaltung dem Vorgehen der Reichspost anschließen werden, im Interesse der Luftschiffahrt und des Verkehrs. Die Briefe und Postkarten werden von einem Bediensteten auf dem Luftschiff gesammelt, mit einem eigens für diesen Zweck bestimmten Aufgabepfennig während der Fahrt versehen und bei der Landung der nächsten Reichspostanstalt zur Weiterbeförderung übergeben. Der Stempel wird in der Inschrift die Bezeichnung „Luftpost“, den Namen des Luftschiffes und das Datum tragen.

\* Neuporf, 12. Juni. Als die Marineoffiziere Hagelhurst und Welf auf dem Flugplatz der Heeresaviationsschule von Marzlyand übten, stürzte ihr Zweifelder ab. Beide Offiziere wurden getötet.

\* Polen, 13. Juni. Während eines Gewitters schlug der Blitz in eine russische Grenzwaache. Zwei Offiziere wurden getötet, ein dritter de läßt.

\* Neuporf, 12. Juni. Die „Sächsische Zeitung“ meldet: Aus Seward in Alaska melben Fischerboote: Der Ausbruch des Vulkanes Katmai hat 7 Fischerboote zerstört und 200 Personen sind umgekommen. In der Umgebung von Kodiak herrschte infolge des dicken Aschenregens eine vierstündige Dunkelheit. Der Pflanzenwuchs ist zerstört.

für die Landbevölkerung so ungünstigen Zeit der Neuwahlen doppelt bemerkenswerten Wahlbeteiligung der sozialdemokratischen Einfluß auf die Wählermassen nicht erschüttert ist. Ist es doch den Parteigängern des Umfuzes sogar gelungen, den bisher stets zum bürgerlichen Beifall gerechneten Wahlkreis Franzenhausen-Land zu erobern und damit den noch fraglichen Sieg des Bürgertums im Wahlkreise Stadtilm, wo der bürgerliche Kandidat den sozialistischen Kandidaten nur mit einer Wahlstimme überflügelt hat, wieder weit zu machen. Damit ist der Beweis erbracht, daß die Mehrzahl der Wähler infolge der intensiven Hegearbeit der sozialdemokratischen Wortführer und besonders der sozialistischen Partei- und Gewerkschaftspresse so völlig in den Bannkreis der Umfuzbewegung gezogen ist, daß selbst die eifrigste Aufklärungsstätigkeit, die das Bürgertum während der letzten Wochen entfaltet hat, dagegen wirkungslos bleibt.

Kenner der politischen Verhältnisse kann diese Ergebnislosigkeit freilich nicht überraschen. Denn der unheilvolle Einfluß, den die sozialdemokratische Agitation in jahrelanger, zielbewußter, intensiver Arbeit auf das politische Denken und Empfinden der Wählermassen ausgeübt hat, kann nicht in dem Zeitraum weniger Wochen wirkungslos gemacht werden. Um dies zu erreichen, gehört auf bürgerlicher Seite zum mindesten dieselbe andauernde energiegelbe zielbewußte Kleinarbeit, die die Sozialdemokratie zur Ausbreitung ihrer staatszerstörenden Weltanschauung entfaltet. Auch darf man nicht vergessen, daß die politische Hegearbeit den Genossen, die in erster Linie in Verunglimpfung der bestehenden staatlichen Verhältnisse und Verdrängung der leitenden Persönlichkeiten und Gesellschaftsklassen besteht, bei unrichtigen Leuten ein viel leichteres Spiel hat, als die politische Aufklärungsarbeit, die im Gegenfatz dazu das Bürgertum leisten muß, und die zu einem großen Teile darin besteht, daß man mühsam wieder aufzubauen sucht, was die Gegner niedergeworfen haben. Berücksichtigt man diese Sachlage, so kann es gewiß nicht Wunder nehmen, daß die Neuwahlen zum Landtage keine durchgreifende Aenderung in der Zusammensetzung des Landesparlamentes gebracht haben. Auch die regle und energiegelbe Wahl-agitation weniger Wochen kann den Vorprung nicht einholen, den die Sozialdemokratie durch ihre jahrelange unausgesetzte Volksaufweckung auf politischen Gebieten vor dem Bürgertum voraus hat.

Man wird gut tun, diese Tatsache im Auge zu behalten, sowohl bei der Beurteilung des bevorstehenden Landtagsergebnisses selbst, als auch bei der künftigen politischen Arbeit überhaupt. Es versteht sich von selbst, daß die Regierung des Fürstentums auch mit dem neuen Landtage keine positive parlamentarische Arbeit erzielen wird. Den Genossen ist durch den Sieg ihrer Partei der Kampf gewaltig geschwollen. Sie werden schwerlich die Forderungen ihrer Faktion, um derenwillen der Landtag aufgelöst worden war, fallen lassen, um so weniger, als sie mit der Rahmung des Landesparlamentes eine sichere Handhabe zu besitzen glauben, den ihnen gründlich verhassten Leiter der schwarzburgischen Regierungsgeschäfte Frhn. v. d. Rede zu stürzen. Denn so lange dieser willensstarke, bewährte Staatsminister die Regierung des Landes vertritt, wird sich dieselbe kaum den Wünschen der Genossen anbequemen, die darauf abzielen, durch Befestigung der höchstfiskurmandate den Landtag völlig zu demokratisieren und durch Steigerung seiner Kompetenzen die Rechte der Regierung und des Landesherren zu beschneiden.

**Erhöhung der sozialdemokratischen Parteisteuern.**

Der im vorigen Jahre auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Jena gefasste Beschluß über Aenderungen des Organisationsstatus der sozialdemokratischen Partei ist jetzt zur Ausführung gebracht. Eine Kommission hat eine Vorlage ausgearbeitet, die dem diesjährigen Parteitag in Chemnitz zur Begutachtung vorgelegt werden soll. Die bemerkenswerteste Aenderung betrifft Erhöhung der Mitgliederbeiträge in der sozialdemokratischen Partei. Bisher wurden von Männern ein monatlicher Mindestbeitrag von 30 Pf., von Frauen ein monatlicher Mindestbeitrag von 15 Pf. erhoben. Die Kommission hat in Vorschlag gebracht, daß der Mindestbeitrag für männliche Mitglieder monatlich 40 Pf. und für weibliche Parteimitglieder monatlich 20 Pf. betragen soll; mindestens 20 Prozent der erhobenen regelmäßigen Mitgliederbeiträge sollen an die Zentralfabrik abgeführt werden. Der „Vorwärts“ bemerkt zu diesem Vorschlag: Eine solche Erhöhung wäre bereits auf dem Leipziger Parteitag lebhaft verlangt worden; inzwischen hätten die politischen Kämpfe an Intensität zugenommen, für die Wahlen würden von allen bürgerlichen Parteien immer größere Aufwendungen gemacht und die Aufgaben der Partei würden immer umfangreicher.

Wie man sieht, fehlt es dem sozialdemokratischen Parteivorstande, in dessen Namen doch wohl der „Vorwärts“ spricht, an Gründen für die Erhöhung der Mitgliederbeiträge keineswegs. Die Hauptfrage aber ist, daß Genossen und Genossinnen eine weitere Steigerung der Ausgaben unbedenklich zugemutet werden kann, weil die Erwerbslage und Lebenshaltung der deutschen Arbeiter eine entsprechend günstige ist.

Wenn der Vorschlag der Kommission zum Beschluß erhoben wird, so müßte die sozialdemokratische Parteileitung, wenn sie ehrlich wäre und gerecht dächte, voller Dank des großen Staatsmannes und der einsichtigen Männer der deutschen Industrie gedenken, die den Gedanken des Schutzes der nationalen Arbeit in Deutschland verwirklicht haben. Denn diese Politik des Schutzes der nationalen Arbeit ist es, die auch der deutschen Arbeiterbevölkerung überaus große Vorteile gebracht hat. Die ewigen Klagen der sozialdemokratischen Presse über die angebliche Notlage und Ausbeutung der deutschen Arbeiterbevölkerung sind längst als niedriges Agitationsmanöver entlarvt; wenn jetzt kurzerhand eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge um ein volles Drittel des bisherigen Betrages vorgenommen werden kann, so ist damit auf neue der Beweis erbracht, daß die deutschen Arbeiter auf Grund ihres guten Verdienstes sehr wohl in der Lage sind, weitere Lasten zu tragen, und daß die sozialdemokratische Parteileitung bei der Besteuerung der Parteigenossen gar nicht daran denkt, diejenige weitgehende Rückfichtnahme

zu üben, die die Staatsregierung bei der Besteuerung der Staatsbürger mit niedrigem Einkommen anwendet.

**Staatssekretär a. D. v. Lindquist über unsere Forderungen.**

In Anwesenheit des Herzogregenten Johann Albrecht trat in Harzburg die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft zu ihrer 27. Wanderversammlung zusammen, die aus allen Teilen des Reiches zahlreich besucht war. Nach den Begrüßungsansprachen folgte zunächst eine Sitzung der Betriebsabteilung, in der der stellvertretende Vorsitzende Deconomierat Hubbe (Kaltenborn) über die Landwirtschaft und Hafruchtwirtschaft sprach. Er kam zu dem Schlusse, daß sich Landwirtschaft und Hafruchtwirtschaft gegenseitig ergänzen müssen.

In der Sitzung der Kolonialabteilung, der auch der Herzogregent anwohnte, wurde mitgeteilt, daß der frühere Staatssekretär des Reichsministeriums v. Lindquist in den Ausschuß der Kolonial-Abteilung gewählt worden sei. Es nahm Herr v. Lindquist das Wort. Er führte aus:

Während seiner Amtsführung sei man auf die Erfahrungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft zurückgekommen und man habe Recht daran getan. Von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft habe er die Einseitigkeit und die Konzentration der landwirtschaftlichen Kolonialpolitik übernommen. In der ersten Zeit des deutschen Kolonialbesitzes habe es an dieser Konzentration und hauptsächlich an landwirtschaftlichen Sachverständigen gefehlt. Deshalb seien die deutschen Kolonien etwas zurückgeblieben. Als man sich die Erfahrungen der deutschen Kolonialgesellschaft und die Erfahrungen der Kolonialabteilung der D. V. B. zum Muster genommen habe, sei der Erfolg nicht ausgeblieben. Der deutsche Landwirt sei der ausgebildete der Welt, und je mehr deutsche Landwirte in die Kolonie hinauskommen, um so besser sei es. Man habe die Pflicht, alles zu tun, um die Wunden zu heilen, die das Vorjahr uns in folonialer Hinsicht geschlagen hat. Man solle sich mit den Tatsachen abfinden und nun auch das neuverworbene Gebiet in den Interessenzirkel einbeziehen, soweit die Simpe, das Malariagebiet und die Schlafkrankheit es eben erlauben. Man solle diesen Dingen gesteigertes Interesse zeigen, aber man solle nicht alles kritisch tun, im Gegenteil, man solle die Sonde der Kritik recht scharf anlegen. Und es müsse betont werden, daß es nicht zu billigen ist, wenn deutsches Geld in Gebiete gesteckt wird, die uns keinen Nutzen bringen können. Umgekehrt dürfte man nie die Abtretung guter deutscher Kolonialgebiete billigen. Ich habe diese Meinung durch die Tat bewiesen, und ich habe aus dieser meiner Ablehnung, wie Sie alle wissen, die Konsequenzen gezogen.

**Der Lotterievertrag mit Preußen.**

München, 12. Juni. Die Beratung des Lotterievertrages mit Preußen wurde heute im Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer fortgesetzt und der Vertrag schließlich abgelehnt.

Zunächst hielt das Zentrum seinen Antrag auf Ablehnung aufrecht und wünschte möglichst bald eine Vorlage über die Einführung einer eigenen bayerischen Staatslotterie. — Nach kurzer Debatte wurde bei der Abstimmung die ursprüngliche Regierungsvorlage gegen die Stimmen der Abg. Dr. Casmann (lib.), Dr. Hammerichmidt (lib.) und Best (konf.) abgelehnt, der Antrag auf Einführung einer eigenen bayerischen Staatslotterie von der Mehrheit gegen die Stimmen der beiden genannten liberalen Abgeordneten und der Sozialdemokraten angenommen.

In der Angelegenheit der preußisch-süddeutschen Klassenlotterie schreibt heute zur gleichen Zeit, als die Entscheidung im bayerischen Finanzausschuß fiel, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung:

„In dem zwischen Preußen einerseits und Bayern, Württemberg und Baden andererseits im Juli 1911 abgeschlossenen Staatsvertrag wegen Begründung der preußisch-süddeutschen Klassenlotterie war von vornherein vorgeesehen, daß der Vertrag auch dann gelten solle, wenn der Landtag eines der beteiligten Staaten die Genehmigung des Vertrages nicht erteilen sollte. Diese Bestimmung wird jetzt von Bedeutung. Es ist zwar keineswegs ausgeschlossen, daß der bayerische Landtag dem Vertrag schließlich doch seine Genehmigung erteilt. Nicht mehr möglich ist es aber, nach Lage der Verhandlungen im bayerischen Landtage, daß der Beitritt Bayerns noch zu dem in dem Vertrage vorgesehenen Termin, dem 1. Juli d. J., erfolgen könne. Die preußisch-süddeutsche Klassenlotterie wird daher am 1. Juli 1912 einstmals in der Form des Beitritts Württembergs und Badens in die Erscheinung treten. In beiden süddeutschen Staaten ist die Organisation der Lotterieverwaltung abgeschlossen, so daß dort anfangs Juni mit dem Verkauf der Lose zur 1. preußisch-süddeutschen Klassenlotterie begonnen werden konnte. Nach dem Plane dieser ersten gemeinschaftlichen Lotterie hat eine Verstärkung der Lose um 32 000 Stammlose und demgemäß auch eine Vermehrung der Gewinne stattgefunden. Als eine bedeutsame Neuerung, welche zugleich mit der 1. preußisch-süddeutschen Klassenlotterie ins Leben tritt, ist der Befehl des bisherigen Miptels der Freilose für die Staatskasse anzugeben, welcher von berufener Seite als ein Vorgehen der preußischen Finanzverwaltung an die als solche neu ins Leben tretende preußisch-süddeutsche Klassenlotterie bezeichnet worden ist. Preußen verspricht hierdurch auf eine halbe Million M des bisherigen jährlichen Einkommens aus der Lotterieverwaltung, um welche runde Summe die Gewinnaussichten sich verbessern.“

Es folgt dann eine ziffermäßige Anpreisung der Lotterie, worauf es zum Schlusse heißt: „Mit einer solchen Ausstattung kann sich keine andere Lotterie auch nur annähernd vergleichen.“

**Deutsches Reich.**

\* Berlin, 12. Juni. (Hofnachrichten.) Se. Maj. der Kaiser beabsichtigte auch heute auf dem Leubusplatz in Döberitz 2 Garde-Kavallerie-Regimenter (1. und 2. Dragoner) und lehrte dann nach Berlin zurück.

**Provinz und Umgegend.**

\* Halle, 12. Juni. Sonnabend, den 22. d. Ms., nachm. 4

Ihr findet im Wintergarten, Magdeburgerstr., eine Lehrerversammlung statt, in welcher Herr Präsident v. Zebitz und Neufirch einen Vortrag halten wird über die schulpolitische Lage in Preußen.

\* Gießen, 12. Juni. Der „Volksb.“ berichtet: Gestern nachmittag gegen 4 Uhr kam der hochwürdige Herr Bischof von Baderborn Dr. Carl Joseph Schulte, zu dessen Diözesen Gießen gehört, von Merseburg her im Automobil hier an, um das Sakrament der Firmung zu spenden; nach 2stündigem Aufenthalt fuhr derselbe weiter nach Zell. — Auf einem Lebungs-marische begriffen, durchzogen heute vormittag mit Begang die Weissenfelder Unteroffizierschüler unsere Stadt. Sie marschieren bis zum Gustav Adolf-Denkmal, von wo sie nach kurzer Rast gegen 11 Uhr den Rückmarsch nach Weissenfels antraten.

\* Wehlitz, 12. Juni. Unter Bezugnahme auf die dieser Tage gebrachte, einem benachbarten Blatte entnommene und auch von verschiedenen anderen Zeitungen wiedergegebene Nachricht über die Schenkung eines Grundstücks für die Kirchengemeinde seitens des Herrn Grafen v. Hohentann, erucht uns das Mitglied des Gemeinde-Kirchenrats, Herr B. Hauptmann, um die Mitteilung, daß diese Nachricht auf Unwahrheit beruhe. (Wer mag nur solche falsche Mitteilungen an Zeitungen geben? — Die Redaktion.)

\* Scheuditz, 12. Juni. Uebermorgen, Sonnabend, nachmittag, trifft hierseits der Bischof von Baderborn, Schulte, zur Firmung ein. Später begibt sich der Bischof nach Hohentann zum Besuch der Familie v. Wuthenau.

\* Zell, 12. Juni. Die in einem hiesigen Gasthose aufgefundenen Frauenleiche ist gestern als die verheiratete, von ihrem Manne getrennt lebende Pauline Spuhr geb. Franz aus Gera ermittelt worden. Der mit ihr gerichtete Mann ist der Steinbruchsarbeiter Ernst Fritsch aus Gera, mit dem sie ein Liebesverhältnis unterhielt. Es handelt sich also um eine Liebesstatue, die in dem Gasthof durch Gift ihren furchtbaren Abschluß fand.

\* Bad Blankenburg, 12. Juni. Hier machte letzte Woche der Schauspieler und Schriftsteller Böge einen Spaziergang, von dem er nicht zurückgekehrt ist. Da Böge einige tausend M Geld bei sich hatte, befürchtet man ein Verbrechen.

\* Wolfenbüttel, 12. Juni. Der 47 Jahre alte frühere Tiefbauunternehmer Ernst Kläfer aus Leipzig, der seit längerer Zeit von Gerichts- und Polizeibehörden stadtbüchrisch verfolgt wird, hat sich heute früh, als er verhaftet werden sollte, erschossen.

\* Torgau, 11. Juni. Die Verlegung des königlichen Hauptgestüts Graditz steht in nächster Zeit bevor. Höchstwahrscheinlich wird eine Domäne bei Seesen im Nord-Harz gewählt werden. Der Grund ist darin zu suchen, daß der Boden zu wenig kalkhaltig ist und daher eine Hauptbedingung für gute Vollblutjucht nicht entspricht. Seitens des jetzigen Oberlandstallmeisters von Dettlingen war schon wiederholt dem Kaiser bei seinem Aufenthalt in Kominten darüber Vortrag gehalten worden, daß die Weiden in Graditz zur Zuchtjucht erklaffiger harter Pferde nicht geeignet sind und daß daher die königlichen Pferde nicht mit dem gewünschten Erfolge in den großen internationalen Prüfungen abschneiden können. Der Kaiser hat sofort in eine Verlegung des königlichen Hauptgestüts eingewilligt und noch längerer Prüfung scheint jetzt in der sehr fruchtbar gelegenen Domäne die geeignete Stätte gefunden zu sein.

\* Kößschau, 12. Juni. Der landwirtschaftliche Verein Kößschau und Umgegend hielt am 6. Juni in Kößschau eine stark besuchte Versammlung ab. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden, Amtmann Schneider, ergriff Tierzuchtinspektor Kelter von der Landwirtschaftskammer das Wort zu dem Vortrage: „Welche Aussichten bietet unter den heutigen Verhältnissen die Pferdezuucht hinsichtlich der Rente?“ In eingehender, interessanter Weise sprach der Vortragende über die Fragen: „Wer soll züchten?“ und „Was sollen wir züchten?“ Den Kern seiner Ausführungen fasste er in ungefähr folgende Sätze zusammen: 1. Wer Pferdezuucht treiben will, luche dies mit dem Reichtum in Einklang zu bringen. 2. Niemand glaube, mit Nutzen Pferdezuucht treiben zu können, der nicht auch in seiner Wirtschaftsorganisation auf die Zucht Rücksicht zu nehmen bereit ist. 3. Der bäuerliche Befizler kann den Forderungen der Zucht am besten entsprechen, doch ist die Möglichkeit hierfür auch im Groß- und Kleinbefiz gegeben. 4. Eine reichliche Zügendernährung der Tiere ist eine der wichtigsten Grundbedingungen jeder Zucht. 5. Die beste und gleichzeitig billigste Ernährung der Pferde ist die ausgiebige Weide. 6. Der Züchter habe reichlich Pferde zum Zwecke der Schonung der Zuchttiere; aber er halte keine alten Pferde, sondern verkaufe dieselben, wenn sie noch gut verständig sind. 7. Man arbeite nur mit erklaffigem Hengstmaterial. — Nach Schluß des Vortrages dankte der Vorsitzende dem Referenten für den lehrreichen Vortrag. In der Diskussion wurde noch ergänzend hinzugefügt: Der Pferdezüchter hüte sich vor allzu reichlicher Gabe von künstlichen Futtermitteln. Ein mäßiges Quantum wirklich guter Futtermittel, z. B. Leintuchenschrot, Bohnenchrot u. a., können ohne Gefahr verabreicht werden. Das Tränken der Pferde geschieht am besten vor der Haferfütterung. — Hierauf sprach Amtmann Eißfeldt über das seit dem 1. Mai d. J. in Kraft getretene neue Reichsversicherungs-gesetz und sodann über das bald kommende neue Krankenversicherungsgesetz. Auch ihm wurde für seine Ausführungen vom Vorsitzenden gedankt. — Als letzter Redner trat Amtsrat Schele auf. Er wies auf die ungeheure Gefahr der Überhandnahme der Sperlinge und auf den durch diese verursachten Schaden hin. Er forderte sämtliche Landwirte zum Schutze und zur Pflege unserer nützlichen Spinnvögel durch Darbietung von Nistgelegenheiten und Fernhalten von Klagen und Raubtieren, und zum energigen Kampfe gegen die Sperlingsplage auf. Er empfahl die Anschaffung der auch in der letzten Nummer der „Landwirtschaftlichen Wochenchrift“ empfohlenen Tomseher. Nach Erledigung einiger inneren Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

\* Weissenfels, 12. Juni. Vom Hufarenappell schreibt nachträglich das „Tagb.“: Wie allgemein die Beteiligung an dem Hufarenappell am vergangenen Sonntag war, geht daraus her-



